

Deutschland wird vor Ort entschieden

unser FDP- Programm für den Peiner Kreistag

Am 11.09.2016 werden die kommunalen Parlamente gewählt. Wir, die Freien Demokraten, machen Ihnen dazu ein ehrliches Angebot:

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Breitbandausbau auf mindestens 100 Mbit pro Sekunde beschleunigt und kreisweit vorangetrieben wird.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kreisstraßen in einen ordentlichen Zustand versetzt werden und der Sanierungsstau von 15 Millionen Euro zügig abgebaut wird.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der kreisweite Ausbau des Radwegenetzes sinnvoll vorangetrieben wird.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass für beste Bildung alle Schulstandorte und alle Gymnasien erhalten bleiben.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Mindestabstand von Windrädern zur Wohnbebauung auf 10-fache Nabenhöhe festgelegt wird.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei der Verlegung der B65 die Entlastung der Ortsdurchfahrten mit Augenmaß umgesetzt wird.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Landkreis endlich effektive Verwaltungsstrukturen zur größtmöglichen Bürgerfreundlichkeit geschaffen und erhalten werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die örtliche, vor allem mittelständische Wirtschaft gestärkt wird und genug gewerbliche Flächen zur Verfügung gestellt werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass ausreichend Bauland für den privaten und sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird.

Wir fordern:

- sparsame Haushaltsführung und verantwortungsvollen Umgang mit dem Geld der Bürger und Bürgerinnen
- Intensivierung der Interkommunalen Zusammenarbeit zur Erhöhung der Effizienz von Verwaltungshandeln
- Zusammenlegung der Wito mit dem Stadtmarketing zur Beendigung unwirtschaftlicher Doppelstrukturen
- die Offenlegung der Jahresabschlüsse der Tochtergesellschaften des Landkreises (z.B. BBg)
- die zügige Erstellung eines stimmigen Schulentwicklungsplanes und die Übernahme des Hauptschulzweiges der Burgschule in die Trägerschaft des Landkreises
- die spürbare Beschleunigung der Genehmigungsverfahren bei Bauanträgen von Privaten und Gewerbetreibenden
- den Ausbau der Stellenpläne der Polizei, um mehr Sicherheit für die Bürger durchsetzen zu können
- stärkere Würdigung des Ehrenamtes durch die Kommunen
- bedarfsgerechte ÖPNV-Angebote und Zusammenlegung der Verkehrsverbände Hannover und Braunschweig
- bessere Koordinierung der Straßenbaumaßnahmen auf Bundes- und Kreisstraßen
- Sicherstellung der flächendeckenden ärztliche Versorgung im gesamten Landkreis
- Deckung des wachsenden Bedarfs an KiTa-Plätzen
- Grundschulen als offene Ganztageschulen, nicht gebundene
- keine Konkurrenz für die Wirtschaft durch staatlich subventionierte kommunale Betriebe
- keine Straßenausbaubeiträge für Anwohner, sondern Finanzierung durch die kommunalen Haushalte